

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 1,50 RM. Zuständigkeitsbereich: Einzelnummern 10 Kops. Alle Vorkosten, Post- und Vertriebskosten sind im Preis inbegriffen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Meldungen über die Tätigkeit der Redaktion und die Richtigkeit der Meldungen über die Tätigkeit der Redaktion und die Richtigkeit der Meldungen über die Tätigkeit der Redaktion...



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 152 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Freitag, den 1. Juli 1932

Immer neue Pläne in Lausanne. Deutschland soll noch 5 Milliarden zahlen.

Was ist Wahrheit?

Die Frage: Was ist Wahrheit?, und zwar nicht in dem Sinne des Vitruvius, daß es keine absolute Wahrheit gebe, sondern innerhalb der Gegenüberstellung von Unrichtigkeit und Richtigkeit, muß nirgends so oft prüfend gestellt werden als dort, wo es sich um eine Veranschaulichung größerer Massen handelt. Der Krieg mit seinen bekannten „Gerüchten“ mit dem etwas anrüchlichen Namen war ein Musterbeispiel für solche Nachrichtenbildung durch die Menge und aus der Menge heraus. Auch bei den internationalen Konferenzen der Nachkriegszeit, wo sich auf engem Raum eine große Anzahl von Menschen zusammenfanden, zum großen Teil sogar gerade zu dem Zweck der Nachrichtenbildung und Verbreitung, kann man immer wieder die bewußte oder unbewußte Verbreitung falscher Nachrichten feststellen. Gehen solche Gerüchte von einer offiziellen Stelle aus, so spricht man wohl von „Versuchsbällen“, deren einziger Zweck darin besteht, zu sehen, wie sich der Gegenspieler dazu verhält, und ihn aus seiner Zurückhaltung und Schweigsamkeit herauszulösen. Solche „Versuchsbälle“ kommen aber oft auch dem Gegner nicht unangelegen, denn sie geben ihm erwünschte Gelegenheiten, darauf eine feste und klare Antwort zu erteilen, zu deren Abgabe in einer zweifellosen Fassung sich sonst kein Anlaß geboten hätte. So hat es sich auch mit den in internationalen Kreisen der Lausanner Konferenz in Umlauf gesetzten Gerüchten verhalten, die deutsche Abordnung habe sich zu einer Abschlußzahlung von drei Milliarden Goldmark im Falle einer endgültigen Regelung der Tributfrage bereit erklärt. Diese Nachricht gab der deutschen Delegation die Sicherheit nicht unerwünschte Veranlassung, ausdrücklich festzustellen, daß ein dahingehender Vorschlag selbstverständlich in keiner Weise erfolgt sei. Diese Abschlußzahlung war lediglich in einem Vorschlag Macdonalds genannt worden, der aber von der deutschen Delegation förmlich energisch zurückgewiesen worden ist.

Deutschland hat jetzt klipp und klar seine bedingungslose Forderung auf die Befreiung von den Fesseln von Versailles ausgesprochen, d. h. die Beseitigung der Kriegsschulden und die darauf aufgebauten Tributzahlungen, sowie die Wiederherstellung der Gleichberechtigung in der Rüstkfrage. Das sind die Voraussetzungen, unter denen Deutschland seine Mitsprache zuerzueilen hat bei der Beseitigung der Hemmnisse für einen Wiederaufstieg der europäischen und der Weltwirtschaft, weil, was wohl außer Frankreich jetzt alle Staaten eingesehen haben, ohne ein freies und gleichberechtigtes Deutschland eine Hebung der Wirtschaftskrise unmöglich ist.

Durch die Verbindung der Reparationsfrage mit der Abrüstungsfrage, der früheren deutsche Delegationen ängstlich aus dem Wege gegangen sind, hat Deutschland aber außerdem die Aussicht, auch Amerika wieder an der Reparationsfrage zu interessieren, das bis jetzt ja immer diese Frage als eine rein europäische Frage bezeichnet hat, in die es sich nicht einmischen will. In der Abrüstungsfrage aber ist es in hohem Maße interessiert, während eine Verkopplung der Tributfrage mit den interalliierten Kriegsschulden auch von Deutschland abgelehnt wird, da die Tributfrage lediglich eine die europäischen Mächte berührende Angelegenheit ist, die zwischen den europäischen Gläubigermächten und Deutschland bereinigt werden muß. Die Verkopplung der Tributfrage mit der interalliierten Schuldenfrage würde den gegenwärtigen ungelärten Zustand mindern bis zum nächsten Frühjahr, dem Zeitpunkt der Regierungsübernahme des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, aufrechterhalten. Aus allen diesen Gründen können irgendwelche Vorschläge in dieser Richtung von der deutschen Regierung nicht angenommen werden.

Allerdings dürfte die Lösung des gordischen Tributnotens durch das jetzt eingesehte „Büro“ der Konferenz in Lausanne auch nicht von heute auf morgen vor sich gehen, was in Anbetracht der dringenden Forderungen der drohenden Winterwirtschaftsorgen sehr zu bedauern ist. Dieser Einbruch befestigt sich immer mehr, wenn man die Punkte betrachtet, in denen nach einer Aufstellung Macdonalds bisher eine Einigung erzielt worden ist. Der englische Ministerpräsident führte als solche an: 1. Frankreichs von einem Lande zum anderen, die die Zahlungsbilanz stören, könnten die gegenwärtige Krise nur verschärfen. 2. Die Entlassung eines Schuldnerlandes aus einer untragbaren Schuld könne die Wirkung haben, diese Last auf ein anderes Land zu übertragen, das ebenfalls Schuldner ist und nun seinerseits

unfähig werde, die Last zu tragen. 3. Die einzige Maßregel, die Beistufe zu erreichen, ist die Anpassung aller politischen Schulden an die veränderte Weltwirtschaftslage, die so schnell wie möglich wieder hergestellt werden sollte. So allein könne Vertrauen wieder Fuß fassen. 4. Obgleich die deutsche Regierung die Stabilität ihrer Währung energisch verteidigt, sind Maßnahmen notwendig, welche dieser Verteidigung dauernden Erfolg sichern. 5. Schließlich herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß die Konferenz bald zu Ende geführt werden müsse. 6. Politische Zahlungen, die die Zahlungsbilanzen stören, sollten, wenn überhaupt, nur vor sich gehen auf dem handelsüblichen Wege und müssen sich innerhalb der Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes halten. 7. Deutschland ist im Augenblick zahlungsunfähig.

Uns scheint, daß diese Punkte im wesentlichen das wiederholen, was schon im Vafeler Bericht niedergelegt ist und daß über die Hauptfragen noch keineswegs Einigkeit herrscht.

Abschlußzahlung erneut abgelehnt.

Ein neuer Vorschlag der Gläubigermächte.

Die Gläubigermächte sind in der Nachtstunde in Lausanne von neuem mit einem Vorschlag an die deutsche Regierung herantreten, wonach die endgültige Regelung der Tributfrage von der endgültigen Regelung der interalliierten Kriegsschuldenfrage mit den Vereinigten Staaten abhängig gemacht wird.

Die Gläubigermächte vertreten den Standpunkt, daß zwischen den Tributzahlungen und den interalliierten Schulden ein unmittelbarer Zusammenhang bestehe und eine endgültige Regelung der gesamten internationalen Kriegsschulden nur gemeinsam mit der amerikanischen Regierung durchgeführt werden könne.

Ferner sollen die Gläubigermächte von neuem an die deutsche Regierung mit der Forderung auf eine größere Abschlußzahlung herantreten sein.

Demgegenüber wird auf deutscher Seite nach wie vor der Standpunkt vertreten, daß eine Abschlußzahlung nicht in Frage kommen könne, ferner sei die Tributfrage nach deutscher Auffassung lediglich eine die europäischen Mächte betreffende Angelegenheit.

Die Verschärfung der Lage durch die neue Forderung der Gläubigermächte auf endgültige Regelung der Tributfrage erst im Zusammenhang mit der interalliierten Schuldenfrage wird auch in englischen Kreisen als eine außerordentliche Verwickelung der Gesamtlage beurteilt.

Das französische Schlussangebot.

Die Verhandlungen in Lausanne.

Die französische Regierung soll nach Mitteilung von unterrichteter französischer Seite jetzt folgenden Vorschlag gemacht haben: Die deutsche Regierung verpflichtet sich zu zwei Zahlungen: Die erste Zahlung erfolgt als Beitrag Deutschlands zu der vorgesehenen gemeinsamen Kasse sämtlicher Mächte für den Wiederaufbau Europas. Die zweite Zahlung gilt als Restzahlung Deutschlands für die Tribute und wird bei der Vafeler WZ hinterlegt. Auf der Grundlage dieser zweiten deutschen Zahlung tritt die englische und französische Regierung an die amerikanische Regierung mit dem Vorschlag heran, diesen Betrag als die Abschlußzahlung Englands und Frankreichs für die gesamten interalliierten Schulden anzusehen. Die amerikanische Regierung würde im Falle der Annahme dieses Vorschlages ihre Forderungen an die englische und französische Regierung als erledigt betrachten. Sollte dagegen Amerika diesen Vorschlag ablehnen, so würde Deutschland weiterhin verpflichtet bleiben, an die europäischen Gläubigermächte diejenige Summe zu zahlen, die diese an die Vereinigten Staaten zu leisten haben.

Die französische Regierung vertritt die Auffassung, daß eine endgültige Lösung der Tributfrage im Rahmen der gesamten Interessen sämtlicher Mächte gefunden werden kann. Sie kann unter keinen Umständen auf den Grundgedanken des untödsbaren Zusammenhangs zwischen den interalliierten Schulden und der deutschen Tributfrage verzichten. Diese Auffassung werde auch von der englischen Regierung geteilt.

Die beiden großen europäischen Gläubigermächte würden in dieser Haltung durch Mitteilungen von amerikanischer Seite bekräftigt, nach denen die amerikanische Regierung eine vollständige Streichung der interalliierten Schulden nach wie vor ablehne.

Die deutsche Forderung auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage sei sowohl von französischer Seite wie auch von englischer Seite als unannehmbar abgelehnt worden.

Diese Frage könne ausschließlich im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz behandelt werden. Frankreich halte an dem Grundsatz der Zahlungsverpflichtung Deutschlands fest.

Deutschland lehnt die französischen Vorschläge ab.

Die verschiedenen Vorschläge, die von der Gegenseite der deutschen Delegation interbreitet worden sind, waren nach Mitteilung von deutscher Seite nicht geeignet, das von Deutschland auf dieser Konferenz angestrebte Ziel der endgültigen Regelung der Tributfrage zu erreichen. Diese Vorschläge würden lediglich die gegenwärtig in der Welt bestehende Unsicherheit und Unsicherheit verewigen und in keiner Weise zu der jetzt so dringenden Wiederherstellung des Vertrauens führen. Die deutsche Delegation war daher nicht in der Lage, über diese Vorschläge zu verhandeln.

Der Abschlußzahlungsvorschlag eine Anregung Amerikas?

New York, 30. Juni. Nach Privatmeldungen soll der Vorschlag der Alliierten, der eine Gesamtbindung für die Reparationen vorsieht, darauf zurückzuführen sein, daß Präsident Hoover auf Anraten Stimsons Paris, London, Berlin und Rom davon unterrichtet habe, daß die amerikanische Regierung abgeneigt sei, die Reparationen zu streichen, daß die amerikanische Regierung vielmehr irgendeine Abfindung unter irgend einem Namen befürworte, um die französische Deffektivität wegen der „Vergleichen der bestehenden Verträge“ zu beruhigen und in Deutschland Besicht zu wahren.

Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß die Meldung aus privater Quelle stammt und von amtlicher Seite noch keine Bestätigung gefunden hat.

Anerwarteter Besuch Herriots bei Papen

Lausanne, 30. Juni. Die Sitzung des Büros der Lausanner Konferenz unter Vorsitz von Macdonald wurde kurz vor 18 Uhr für eine Stunde unterbrochen. Während der Unterbrechung der Sitzung begab sich Herriot überraschend in Begleitung seines Kabinettschefs in das Hotel Savoy zu einer Unterredung mit dem Reichskanzler und den deutschen Ministern. Dieser unvorhergesehene Besuch wird allgemein dahin ausgelegt, daß auf englischen Vorschlag jetzt die letzten Verluste unternommen werden, eine direkte Einigung zwischen der deutschen und französischen Regierung herbeizuführen.

Herriot ist Sonnabend in Paris. Papens Berliner Reise ausgegeben.

Lausanne, 30. Juni. Die Verhandlungen zwischen Herriot und dem Kanzler im Hotel Savoy dauerten fast eine Stunde. Ueber den Verlauf der Unterredung sowie über den gesamten gegenwärtigen Stand der Besprechungen wird von den Beteiligten absolutes Stillschweigen gewahrt. Gleich nachdem Herriot das Hotel verlassen hatte, fand eine Besprechung der maßgebenden Mitglieder der deutschen Abordnung statt. Herriot reist am Donnerstagabend nach Paris ab. Er beabsichtigt, Sonnabend früh wieder in Lausanne einzutreffen und Sonnabend nacht wieder nach Paris zurückzukehren, um am Sonntag an den Befestigungsfeierlichkeiten für Briand teilzunehmen. Am Sonntagabend kehrt er dann wieder nach Genf zurück. Man schließt hieraus, daß die Verhandlungen bis Anfang nächster Woche fortgesetzt werden sollen. Der Kanzler hat seine ursprünglich auf Donnerstagabend festgesetzte Abreise nach Berlin vorläufig aufgegeben.

Die Lage wird allgemein als völlig unübersichtlich beurteilt, da weder auf deutscher noch auf französischer Seite eine Erklärung über eine endgültige Stellungnahme abgegeben wurde. Macdonald teilte lediglich der Presse mit, daß die Verhandlungen bis zur endgültigen Entscheidung fortgesetzt werden würden. Jedoch ist zweifellos die Endphase der Konferenz noch nicht erreicht.

Zentrumsfundgebungen.

Hermes vor den rheinischen Bauern.

In Köln sprach vor dem Landwirtschaftlichen Beirat der Rheinischen Zentrumspartei Reichsminister a. D. Hermes. Er führte u. a. aus: Man müsse es bedauern, daß in die Arbeit des Kabinetts Brining eine so läche Unterbrechung hineingetragen worden sei. Mit diesem Bedauern könne man nur die Hoffnung verbinden, daß es den neuen Männern gelingen möge, die Linie der Staatsführung des alten Kabinetts fortzuführen. Der Redner wandte sich weiter gegen eine Ausschaltung des Zentrums und betonte, daß die Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft in den letzten Jahren entscheidend vom Zentrum geleitet worden